

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Weltkonferenz der Plantagenarbeiter

Früher oder später mußte die Internationale der Freien Gewerkschaften einen Versuch zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Plantagenarbeiter in den unterentwickelten Gebieten machen. Das stand seit ihrer Gründung fest. Die Erzeugnisse der Plantagenländer — wie Zucker, Kautschuk, Tee, Kakao, Bananen und Baumwolle — werden durch Arbeitskräfte gewonnen, die zu den am meisten ausgebeuteten in der ganzen Welt gehören. Seit der Gründung des IBFG im Jahr 1949 war man sich freilich auch klar darüber, daß dies zu den schwierigsten Problemen zählt, die die junge Organisation anfassen kann.

Sie versuchte vorsichtig das Terrain zu sondieren. Im Mai 1954 wurde der IBFG-Sonderausschuß für Plantagen gebildet. Er studierte die vielseitigen und verschiedenartigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Rassen und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die unter sein Betätigungsgebiet fallen, sowie die in steigender Zahl einlaufenden Vorschläge. Im Herbst 1955 war es so weit, daß man sich auf eine erste weltumspannende Initiative, ein Arbeitsprogramm für 1956, einigen konnte. In Genf

fand eine Tagung des Plantagenausschusses des Internationalen Arbeitsamts statt, auf der auch der IBFG vertreten war.

Die Genfer Zusammenkunft beleuchtete grell die Licht- und die Schattenseiten dieses enormen Arbeitsgebiets. Zwei Drittel der Weltbevölkerung entfallen auf die „unterentwickelten Gebiete“, in denen Plantagenwirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielt. Sie erhalten nur etwa 15 vH des Welteinkommens. Ihren unbefriedigenden Existenzbedingungen entspricht der geringe Standard ihrer Arbeitsproduktivität. Der Genfer Bericht hob diesen Zusammenhang hervor. Das Internationale Arbeitsamt hat auch den Hinweis nicht unterdrückt, daß die ungesicherte Rechtsgrundlage, auf der die jungen Plantagenarbeitergewerkschaften tätig sein müssen, den für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung gleichermaßen hinderlichen Zustand begünstigt. Alle diese Schwierigkeiten sollen von acht „Schlüsselpunkten“ aus bekämpft werden.

Diese Zentren der Organisationsarbeit und Erfahrungssammlung sind: Brüssel, Havanna, New York, Mexico-City, Singapur, Kalkutta, Barbados und ein noch zu ermittelnder Standort in Afrika. Die nicht unbedeutenden Geldbeträge werden zum Teil vom Kubanischen Gewerkschaftsbund und der Kubanischen Föderation der Zuckerarbeiter aufgebracht, andernteils vom IBFG und der Internationalen Landarbeiterföderation. In Genf haben Dele-

gierte aus zwanzig Ländern den Arbeiten dieser ersten „Weltkonferenz“ der Plantagenarbeiter beigewohnt. Es waren die Vertreter von Barbados, Belgisch Kongo, Ceylon, China, Kolumbien, Kostarika, Kuba, Ägypten, Französisch Westafrika, Großbritannien, Indien, Indonesien, Jamaika, Libyen, Malaya, Holland, Pakistan, Philippinen, Portoriko und Trinidad.

Für die Genfer Beratungen war es ein Vorteil, daß sie sich auf die Ergebnisse einer „Asiatischen Plantagenarbeiterkonferenz“ in Kuala Lumpur (Malaya) stützen konnten. Die Kautschukplantagen in den Malaiischen Staaten sind neben den Zuckerplantagen von Kuba die beiden eigentlichen Motoren des Versuchs, die Plantagenarbeiterprobleme im Rahmen globaler Zusammenarbeit zu lösen. In Kuba und auf der Malaiischen Halbinsel ist es auch erstmalig gelungen, die Massen der Plantagenarbeiter davon zu überzeugen, daß der Aufbau eigener gewerkschaftlicher Organisationen und ihre weltumspannende Zusammenarbeit nicht ausschließlich finanziert werden kann von fremden Geldgebern und Helfern. In Kuala Lumpur wurde beschlossen, daß ein Mindestbeitrag von 1 yH des Lohns für die Gewerkschaften zu entrichten ist.

Nach dem Zeugnis des im Auftrag der britischen Gewerkschaften in Malaya tätigen Beraters ist das erste und wesentlichste Hindernis, das es zu beseitigen gilt, die Vorstellung der Plantagenarbeiter, daß sie in ihrem Elend zunächst einmal Hilfe von außen zu erwarten hätten, während man von ihnen keinen materiellen Beitrag zur Selbsthilfe erwarten dürfe. Diese Hemmung überwunden zu haben, bedeutet, nach den Erfahrungen der Kautschukarbeitergewerkschaften in Malaya, eine erste Welle von selbstverantwortlicher Aktivität auszulösen. Für die Delegierten der zwanzig in Genf vertretenen Länder war diese Feststellung nebst den Anweisungen, wie man sie massenpsychologisch am wirksamsten auswertet, ein wichtiger Beratungsgegenstand. An ihm bewies sich anschaulich, daß Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit über die Kontinente und Rassen hinweg von großem praktischem Nutzen sein können.

Freilich gibt es Grade der Hilfsbedürftigkeit und Verelendung, speziell in Afrika, die so extrem sind, daß der Schrei nach Unterstützung von außen den Selbsthilfegedanken zunächst übertönt. Die Konferenz entschloß sich, das Internationale Arbeitsamt zu neuen amtlichen Untersuchungen der Existenz- und Arbeitsbedingungen der Plantagenarbeiter in verschiedenen Gebieten Afrikas aufzufordern. Man erwartet von der IAO, daß sie den ganz und halb selbständigen Regierungen oder den Kolonialverwaltungen der betroffenen Gebiete ein Programm der sozialen Mindestforderungen vorlegt und sie auf diesem Umweg dazu nötigt, an der Tätigkeit der IAO und der freien Ge-

werkschaftsinternationale zugunsten der Plantagenarbeiter aktiv teilzunehmen.

Diese heute noch zögernden Regierungen und Kolonialverwaltungen sehen sich seit der Genfer Plantagenarbeiterkonferenz der Tatsache gegenüber, daß die Verhandlungen über die Gründung einer ständigen, weltumspannenden Organisation, die die Interessen der Plantagenarbeiter vertritt, nun nicht mehr zur Ruhe kommen werden. Die Kolonialverwaltungen werden sich, ob sie diesem Novum skeptisch gegenüberstehen oder nicht, damit abfinden müssen, daß es nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Das scheint uns, auf einen Hauptnenner gebracht, der politische Gewinn der Genfer Konferenz zu sein. Sie war eine erste Demonstration der weltweiten Solidarität, abgehalten an einem Ort, der es schwer macht, sie zu übersehen oder zu bagatellisieren — und getragen von starken internationalen Körperschaften, die eine Gewähr für die kontinuierliche Fortführung des einmal begonnenen Werkes bieten.

Eine solche eindrucksvolle „Demonstration“ war fällig. Ein intensiver Organisationsfeldzug, bei dessen Durchführung nicht nur die sozialen und gewerkschaftlichen Probleme behandelt, sondern zugleich die Wirtschaftlichkeit der Plantagenarbeit diskutiert, über die Planmäßigkeit des Absatzes und die übernationale Steuerung der Erzeugung beraten wird, läßt natürlich vor den Kolonialverwaltungen und Regierungen das Gespenst einer Beschränkung ihrer „Souveränität“ auftauchen. Ein Teil von ihnen reagierte mit Passivität oder abweisender Feindseligkeit. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß bei weitem nicht alle kolonialen Gebiete in vollem Umfang an der Arbeit des Plantagenausschusses des Internationalen Arbeitsamts teilnehmen. Zähne, schweigende Resistenz gegenüber den Informationen und Empfehlungen der IAO bilden mancherorts die Regel. In den fünf besonderen Berichten, die das Sekretariat des IBFG in Genf vorgelegt hat, ist darüber manches aufgezeichnet. Im Plantagenausschuß der IAO waren aus kolonialen Gebieten trotz mannigfacher Bemühungen nur drei Regierungen durch Beobachter vertreten, nämlich Jamaika, Nigeria und Trinidad.

Die Konferenz hat dies tadelnd angemerkt. Sie hat gleichzeitig die Gewerkschaften gerade dieser kolonialen und halbkolonialen Gebiete ermutigt, sich nachdrücklicher als bisher für die Verwirklichung der IAO-Entschlüsse einzusetzen. Man sollte die Impulse, die von diesem Genfer Appell ausgehen, nicht unterschätzen. Die Konferenz erbrachte eine Art gegenseitiger Verpflichtung der internationalen Dachorganisationen und ihrer teilweise noch mit Kinderkrankheiten kämpfenden nationalen Mitgliedsverbände zur Wachsamkeit. Sie bestätigte, daß der Arbeitskontakt nicht mehr abreißen soll.

Die „Gegenseite“, Kolonialregierungen, die auf ihre souveräne Entscheidungsgewalt pochen, Unternehmer, die sich gestatten, Armut und Elend ihrer „eingeborenen“ Arbeiterschaft zu ignorieren, war natürlich in Genf nicht vertreten. Trotzdem waren ihre Argumente spürbar, ihre Skepsis wirksam. Kann über Kontinente und Rassenunterschiede hinweg Sozialpolitik, verbunden mit planwirtschaftlicher Absatzpolitik für Plantagenprodukte, überhaupt betrieben werden? Sind nicht die Verschiedenheiten zwischen den in jedem Einzelfall anders gelagerten Gegebenheiten so groß, daß sich die Beratungen einer „Weltplantagenkonferenz“ im luftleeren Raum vollziehen? Konkret gesprochen: Mußten nicht die Genfer Konferenzdelegierten, trotz besten Bemühens, in den Hauptfragen ständig aneinander vorbeireden?

Es wäre leicht, die Liste dieser Einwände beliebig zu verlängern. Sie werden der Bedeutung der Sache und der Sorgfalt der geleisteten Vorarbeit indessen in keiner Weise gerecht. Die Teilnehmer dieser ersten Weltplantagenkonferenz waren sich bewußt, daß sie auf lange Sicht arbeiten. Sie und die veranstaltenden internationalen Organisationen ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Rückschläge gefaßt sind.

Man sollte aber, um der Konferenzveranstaltung als Ganzer gerecht zu werden, einen Gesichtspunkt hervorheben, der unseres Wissens bisher nicht genügend beachtet wurde. Die internationale Gewerkschaftsarbeit wird vielfach von Rassenspannungen behindert. „Afrikanische Gewerkschaften“ stehen beispielsweise in Südafrika und den beiden Rhodesien, aber auch in zahlreichen anderen Ländern, in scharfem Gegensatz zu „europäischen“ Gewerkschaften, die in den gleichen Staaten und Wirtschaftszweigen tätig sind. Immer wieder trennt sie der Disput über die unterschiedliche Bezahlung „weißer“ Qualitätsarbeit und „farbiger“ ungelernter Arbeit. Die Bemühungen der „Farbigen“ um das sogenannte „Advancement“, um den Aufstieg geeigneter Arbeitskräfte aus ihren Reihen in höher bezahlte Qualitätsarbeit, die bislang den „Europäern“ vorbehalten war, vergiften das Verhältnis.

Im Falle der Plantagenarbeiter ist dieses Übel nicht vorhanden. Der IBFG hat mit dankenswertem Nachdruck die öffentliche Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß „Weiße“ wie „Farbige“ im Begriff sind, gemeinsame Ansichten über die Gestaltung der künftigen Plantagenwirtschaft und über die Vorteile eines planmäßig geregelten Absatzes und eine vernünftige, übernationale Erzeugungssteuerung zu entwickeln. Es besteht eine ausgesprochene Gleichgerichtetheit der Interessen. Aus ihr kann sich, wenn die Plantagenarbeiter Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die Gewerkschaften der wirtschaftlich „fortgeschrittenen“ Abneh-

merländer sich dessen bewußt werden, eine Solidarität der Gesinnung entwickeln. Folglich ist die Bemühung um einen besseren Lebensstandard für die Plantagenarbeiter und um den Aufbau ihrer gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur wegen ihrer direkten Zielsetzung wertvoll. Sie ist außerdem geeignet, mildernd auf die Rassenkonflikte im Gewerkschaftsleben einzuwirken.

Sobald man die Bedeutung dieser „Nebenwirkung“ erfaßt, wird es verständlich, warum schon diese erste Weltplantagenkonferenz sich die Mühe gemacht hat, neben den Sozialproblemen und den Fragen des Gewerkschaftsaufbaus auch die großen volks- und weltwirtschaftlichen Fragen in ihre Überlegungen einzubeziehen. Sieht man die Problematik der Ausfuhrzölle, der Großhandelspreise, der Warenbörsenspekulation, der Verbrauchssteuern und der Konjunkturschwankungen als ein organisches Ganzes, dann wird noch viel deutlicher, daß sich die Interessen der Plantagenarbeiter mit denjenigen der Arbeiter in den Abnehmerländern decken. Auch der fortschrittliche Teil der Unternehmerschaft scheint das begriffen zu haben. Es bestand der Eindruck, daß er sich künftig der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den internationalen Abkommen über die ganzen Warengruppen — das Musterbeispiel ist Zucker — nicht widersetzen wird.

Die Plantagen Gewerkschaften haben die Chance erkannt, daß derartige Abkommen, wenn sie Höchst- und Mindestpreise, Verkaufs-, und Absatzbedingungen festlegen, und wenn sie obendrein durch die Schaffung von Stabilisierungslagern eine gewisse Krisenfestigkeit der Volkswirtschaften ermöglichen, auch für die Besserung der Arbeitsbedingungen etwas leisten können. Herstellungs- und Verbrauchsländer können, sowohl was ihre Regierungen wie die Gewerkschaften anbetrifft, daran gewöhnt werden, gemeinsam eine Verantwortung für die Gewährung des Existenzminimums an die Plantagenarbeiter zu übernehmen. Das ist das gesunde und keineswegs phantastische Endziel. Zwar werden moderne Kolonialverwaltungen immer bestrebt sein, der Tendenz zu Monokulturen entgegenzuwirken und auf eine vielseitigere Gestaltung ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion hinzusteuern. Aber die Interessengegensätze, die sich daraus gegenüber den traditionellen Lieferländern und ihren „hochentwickelten“ Volkswirtschaften entwickeln, werden bei weitem nicht die Bedeutung haben wie die Marktordnungsgemeinschaft der Herstellungs- und Verbrauchsländer, die die Plantagenarbeiter für die Besserung ihrer Lebensbedingungen mobilisieren wollen. Es spricht für die Weitsicht des Kubanischen Gewerkschaftsbundes, daß er — offenbar in Würdigung dieser Fakten — Pionierarbeit übernommen hat.

Hans Drugis